

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

15.11.1923 (No. 262)

Bezugspreis (Stückpreis) ...

Badischer Beobachter

Verlagspreis ...

Verlegerin und Herausgeberin: ...

Erscheint wöchentlich einmal ...

Verantwortlich für den politischen Teil: ...

Rhein und Ruhr in höchster Not!

Vom Tage.

Der Reichsfinanzminister hat die Rentenbank zur Ausgabe der Rentenmark ermächtigt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation über die Finanzmaßnahmen der Reichsregierung eingebracht.

Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich gestern mit der Frage der Aufstellung des Etats in Goldmark.

Die rheinisch-westfälischen Bechen werden am 30. November stillgelegt.

Der Reichstag tritt nächsten Dienstag zusammen, der auswärtige Ausschuss kommenden Samstag.

Die Zukunft des Rhein- und Ruhrgebiets.

Berlin, 14. Nov. Am Dienstag vormittag fanden Besprechungen in der Reichskanzlei statt, an denen die Reichsregierung, die Ministerpräsidenten der Länder, deren Gebiete zum Teil befreit sind, und Vertreter der befreiten Gebiete teilnahmen.

Berlin, 14. Nov. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Meldung des Journal aus Düsseldorf über die Verhandlungen zwischen der französisch-belgischen Eisenbahn-Regie und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums ist halb ungenau, halb falsch.

Weitere Verschleppung der Industriellen-Verhandlungen mit der Ruhr.

Düsseldorf, 15. Nov. Wie verlautet sind die Verhandlungen der Sechser-Kommission des Bergbauvereins mit der Ruhr gestern wieder Erwartungen nicht zum Abschluss gekommen.

Stilllegung der rheinisch-westfälischen Bechen am 30. November.

Gelsenkirchen, 15. Nov. Die rheinisch-westfälischen Bechen werden durch Anschlag bekannt, daß sie gezwungen sind, zum 30. November ihre gesamten Betriebsanlagen zu verlassen.

Die Eisenbahnen im Ruhrgebiet.

Berlin, 14. Nov. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Meldung des Journal aus Düsseldorf über die Verhandlungen zwischen der französisch-belgischen Eisenbahn-Regie und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums ist halb ungenau, halb falsch.

Das Notgeld der Separatisten.

Berlin, 14. Nov. Die Separatisten befehlen in der letzten Woche die Städte Andernach und Rhenen und benachbarten sich der dortigen holländischen Druckpresse, auf der sie eigenes Notgeld herstellen.

Kreisnachricht.

Kreisnachricht, 14. Nov. Der bisherige separatistische Kreisnachricht wird durch den französischen Reichsbehörden ersetzt.

Die Vorgänge in Bayern.

Gegenüber den Enthüllungen, die wir gestern aus der Süddeutschen Zeitung entnehmen und die mit einer Veröffentlichung von Dr. Weber, Führer des angedachten Bundes „Oberland“ übereinstimmen, wird in der Bayrischen Zeitung Nr. 261 folgende Mitteilung:

Dr. Weber behauptet, daß General v. Lossow und Oberst v. Seitzer ganz eindeutig für eine Reichsregierung gegen die Separatisten sind.

Dr. Weber behauptet, Erzelgen v. Kahr habe bei der Besprechung am 6. November, 4.30 Uhr nachmittags, erklärt, daß eine Reichsregierung von Bayern aus geschaffen werden müsse.

Die Wahrheit ist, daß auch bei dieser Gelegenheit Herr v. Kahr betonte, daß eine Reichsregierung von Bayern aus völlig ausgeschlossen sei.

Dr. Weber sagt: „Von irgendeiner Besetzung mit der Waffe bei den Verhandlungen kann keine Rede sein.“

Dr. Weber behauptet, Kahr habe sich mit der Schußwaffe der Minister einverstanden erklärt.

Hiller (mit der Pistole fuchtelnd): „Ein jeder hat seine Pflicht zu tun und den Posten zu übernehmen, auf den er gestellt wird.“

Hiller: „Ja, das habe ich gebrochen, aber im Interesse des Vaterlandes.“

Hiller (mit der Pistole fuchtelnd): „Hier Schiffe habe ich in der Biffole: drei für meine Mitarbeiter — Kahr, Lossow und Seitzer —, wenn sie mich verlassen, den letzten für mich.“

Hiller (sehr aufgeregt): „Rastung her!“

Es wird schon nach einer Zeitlang gehen, bis alle widersprechenden Angaben erörtert und zur Klarheit und Wahrheit geführt sind.

Zur Kennzeichnung der treibenden Kräfte beim Münchener Rutsch muß auch erwähnt werden, was katholische bayerische Blätter mitteilen.

Die der letzten Begeisterungen revolutionärer Bewegungen zeigt sich in diesen Tagen auch in München wieder: Stimmungsmache gegen den katholischen Klerus.

Mit welchen Mitteln gegen den Kardinal agitiert wird, beweist die von bernsteinianischen Kreisen verbreitete Behauptung, der Kardinal lasse mit Geld, das er von Juden erhalten habe, den Reichsraum restaurieren.

An diesen Erscheinungen zeigt sich jener blöde Geist, der uns auch im Krieg geschadet hat und dem wir die deutsche Feilheit in Ghaf-Lothringen wie in Polen in der Hauptstadt verkaufen.

Forderungen Ehrhardts an Kahr.

München, 14. Nov. Die der Mesbacher Anzeiger meldet, haben sich Kapitän Ehrhardt, Hauptmann Heik-Münzberg und andere dem Generalstaatskommissar zur Verfügung gestellt.

Verordnungen v. Kahr.

München, 13. Nov. Das Generalstaatskommissariat hat gestern mehrere Verordnungen erlassen, die erste über die Auflösung der kommunikativen Partei bestimmt.

schon Partei gedient haben, dem Staate verfallen sind. Wer es unternimmt, eine solche Partei neu zu bilden, zur Neubildung auffordert, sich solchen Neubildungen anschließt, oder sie unterstützt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Die Zeitschrift Deutsche Akademische Stimme wurde vom Generalstaatskommissariat verboten.

München, 13. Nov. Am gestrigen Tage ist es hauptsächlich aus infolge des regnerischen Wetters, zu keinen Ansammlungen mehr gekommen.

Zur Rückkehr des Kronprinzen.

Keine Beteiligung Americas an dem Protest.

London, 14. Nov. Wie der Erdunge Telegraph aus Washington erfährt, erklärte man gestern im Weißen Hause, daß die amerikanische Regierung es entschieden ablehne, mit den Verbindeten gemeinsam in Berlin einen Protest gegen die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland und die eventuelle Heimreise des Kaisers einzulegen.

Brüssel, 14. Nov. Das belgische Parlament ist gestern wieder zusammengetreten.

Paris, 14. Nov. Der Berliner Korrespondent des Journal teilt mit, daß gestern abend in Berlin das Gericht verurteilt war, der Kronprinz habe in Königsmusterhausen eine Zusammenkunft mit Führern der nationalsozialistischen Partei gehabt.

Paris, 14. Nov. Die interalliierte Presse ist voll von Berichten über die eventuelle Abreise des Kaisers aus Holland.

Der Korrespondent der Daily Mail teilt mit, daß zwei Mitglieder der Umgebung Wilhelm's II. sich am Samstag an die holländische Nordgrenze begeben.

Die Chicago Tribune behauptet, daß die Mitglieder eine Abreise des Kaisers absichtlich nicht verhindern wollen, um dann in energischer Weise gegen die deutsche Regierung vorgehen zu können.

Reichstagszusammentritt am Dienstag.

Rede Dr. Stresemanns in Stettin.

verschiedenen ...
ingen.
Industrie.
aus Koblenz
indigen Abteilung
kommen getroffen,
der französischen,
erkundigen in An-
werteten verhandelt
n verpflichtet sich
öfischen Ver-
gemäß den von
en Verordnungen
die Industriellen
erklärt, daß die
fabriken aus, von
rolliert wür.
ferenzplans,
ndverfändigen.
gen aus London
der Abbruch der
gen über das
mmuniziert. Man
einnehmen würde
iten: Erstens die
enausschusses
ns die Wiederent-
Besprechungen mit
sicht, den geplan-
nnaire geeigneten
sicher Frankreichs
chen lebhaft Pro-
e Regierung den
in gestorben,
bekannte Volk-
beritätsprofessor
fahlen bei Berlin
er Vertorbene er-
ler, Politiker so-
zialpolitiker sind
erst kürzlich, an-
29. Oktober am-
Arbeit und den
berichten.
utschland.
ngigkeit in Deut-
her rheinischen
gen einen nie ge-
den besetzten
zwei Millio-
man die Wan-
gen der Erwerbs-
hier mindestens
Arbeitslosigkeit
n Gebiet machen
mehr und mehr
rftigten Er-
rts über 700 000,
r mehr als 1/4
hrelische Erwerbs-
gelten den Be-
cht erhalten wer-
t durch eine Sta-
erets Ende Sep-
er Arbeiter. In
rbeitslosigkeit bis
ie der Kurzarbei-
e der Not ist
eae Deutschlands
engste Grenzen
eseaufgeiten
nd zuverlässige
me
hen
andel und
schmack-
g. Schnell-
verlange
släge und
ohne
Bestein-
leistungs-
reibetrieb.
ruhe
uckerel

Die Beschwerden gegen das Badenwerk.

Von Dr. F. Schmitt, M. d. L. (Nachdruck erbeten.)

Seit langer Zeit wurden gegen das Badenwerk Klagen erhoben und auch im Landtag geltend gemacht, teils durch eine förmliche Anfrage der Zentrumsfraktion (nicht gedruckte Anfrage D 63 und Antrag D 63a) teils durch einen Landtagsantrag (D 67).

Die Beschwerden richteten sich gegen die sogenannte Grundgebühr, nach deren Befreiung gegen die sog. Mindestabnahme von elektrischem Strom, gegen den Strompreis, und zwar sowohl gegen dessen Höhe an sich als auch gegen die der Berechnung zugrundeliegende Kohlenbasis, gegen die Sprechzeiten, gegen die Messgebühr, gegen das Hinanzhören einer beantragten Plombierung und schließlich gegen die Speise und auch gegen den Ton einzelner Bezirke-Angelegten des Badenwerks.

Der Landtag befaßte sich mit der Angelegenheit am 4. Mai 1923 und am 19. 7. 23. Eine Entscheidung in der Sache war ihm aber damals nicht möglich, weil das Badenwerk seinen Geschäftsbericht und die von ihm verlangte Denkschrift nicht rechtzeitig vorlegte, oder, wie es erklärte, nicht rechtzeitig vorlegen konnte. Dem Landtag blieb daher am Schluß seiner Sommertagung mangels Zeit und mangels rechtzeitiger Unterlagen nichts anderes übrig, als die Angelegenheit dem Landständischen Ausschuss zu übertragen. Da der bisherige Bericht der Herr Abg. Sadernohl, nicht als Mitglied dem landständischen Ausschuss angehörte, so war ein Wechsel in der Berichterstattung nötig: Sie ging vom 2. Oktober 23 ab auf den Abgeordneten Dr. Schmitt-Markstraße über.

Dieser nahm in der Sitzung des landständischen Ausschusses vom 4. Oktober und später im Haushaltsausschuss folgende Stellung ein:

Man müsse wünschen, daß das Badenwerk gut fähig sei und bleibe und daß es vorsichtig geleitet werde, damit sein Bestand von Dauer sei. Man erkenne auch an, daß der Arbeitsminister beitrete sei, auf das Badenwerk in sozialem Sinn einzuwirken. Wenn das aber bisher nicht völlig gelungen sei, so liege das nicht am Minister, sondern an dem Badenwerk selbst. Das Badenwerk ist eine eigene Aktiengesellschaft, deren Aktien alle und ohne Ausnahme dem badischen Staat zufließen. Gedruckt sind aber die Aktien nicht, können also schon aus diesem Grunde nicht veräußert werden (ein oder werden). In der dem Ausschuss vorliegenden Denkschrift des Badenwerks kämpfte sozialistischer und gemeinnütziger Geist gegen die der ersten trage leider vielfach den Sieg davon. Es sei nötig und möglich, ohne Gefährdung des Badenwerks die Preise noch sozialer als bisher zu gestalten. Man sei bestrebt, den Arbeitsminister in seinem Bemühen nach gerechter Preisgestaltung zu unterstützen. Insbesondere müßten die kleinen Leute mehr geschont werden, weil sie eben die geforderten Summen nicht zahlen können.

Bezüglich der landwirtschaftlichen 2 PS-Motoren wandte sich der Berichterstatter gegen die Annahme des Badenwerks, als ob der kleine Landwirt den 2 PS-Motor täglich wirklich 1/4 Stunde zum Futter schneiden brauche, da habe das Badenwerk zu viel Reicht gerechnet. Selbst aber, wenn ein Amdorff wirklich den 2 PS-Motor täglich 1/4 Stunde zum Futter schneiden verwende, so ergäbe sich daraus im Monat noch keine 15 KW-Stunden, deren Bezahlung das Badenwerk als Mindestabnahme verlange. Dies sei zu viel.

Gerügt wurde werden, daß die Denkschrift des Badenwerks solchen kleinen Landwirten das „ernstliche Bedürfnis“ nach einem 2 PS-Motor abstreite. Man müsse sich vielmehr freuen, daß auch kleinere Bauern den Fortschritt mitmachen und ihren Motor haben und sich dadurch ihre an sich schweren Arbeiten erleichtern; man müsse ihnen aber auch gerechte und soziale Preise gewähren.

Was die Brennstellen angehe, so sei die Meinung unrichtig, als ob in einer Gemeinde die

Bauanlagelosten des Badenwerks deshalb größer würden, wenn eine Haushaltung z. B. 10 statt 5 Brennstellen haben wolle. Bei der Einrichtung der Stromversorgung werde vielmehr — ohne Rücksicht auf den späteren wirklichen Verbrauch — so gebaut, als ob auf jeden Einwohner der Gemeinde eine Brennstelle entfiel, und für die Hausleitung sei nach den Installationsvorschriften des Badenwerks S. 8 der Leitungsdraht gleich die 2 u. 2,5 bei Kupfer), gleichviel ob das Haus 1 oder 30 Brennstellen habe. Unter einem gewissen Durchschnitt kann man eben mit dem Draht überhaupt nicht herunter gehen. Uebrigens zahle die Gemeinde dem Badenwerk einen „Vorkostenzuschuß“ und das Badenwerk lasse auch die Ausführung der Zählerleitung — d. i. von der Hausanschlusführung bis zum Zähler einschließlich Zählerung und Befestigung der Zählertafel für Rechnung des Abnehmers besorgen. Eine Verrechnung der Brennstellen bei Wegfall der Mindestabnahmepflicht habe also nicht die Folge, daß dem Badenwerk größere Kosten für die Erstellung von Anlagen entstehen. Der Wegfall der Mindestabnahmepflicht bewirke höchstens geringere Einnahmen als bisher, nicht aber höhere Ausgaben für das Badenwerk.

Bei Schöpfung der kleinen Leute könne aber dem Badenwerk kein nennenswerter Ausfall entstehen:

jährl. Millionen KW	
Das Badenwerk erzeuge eigenen Strom	60
es kaufe fremden Strom	20
zusammen	80
Hiervon gehen auf der Leitung usw. verloren	10
Abgegeben werden	70
und zwar hiervon an 530 Großabnehmer	63
und an 19 000 Kleinabnehmer	7
zusammen	70

Der Anteil der Kleinabnehmer am Gesamtstromverbrauch sei also nur ein Zehntel; und auch hiervon werde nur ein kleiner Teil von Kleinabnehmern begünstigt, wenn die Mindestabnahme falle. Uebrigens berichte die Denkschrift selbst, der wirkliche Verbrauch der Kleinabnehmer reichte in den meisten Fällen an die Mindestabnahme heran.

Wenn das richtig ist, wenn also der Unterschied zwischen wirklicher Abnahme und Mindestabnahme so gering ist, dann kann die Bezahlung nach dem wirklichen Verbrauch dem Badenwerk auch keinen nennenswerten Ausfall bringen. Auch bei der Mindestabnahme muß der Zähler abgelesen werden; die Kosten der Messung entstehen also auch bei der Mindestabnahme, genau so wie bei der Bezahlung nach dem wirklichen Verbrauch. Es sei aber nötig und möglich, dadurch zu sparen, daß man die Zähler durch das Bürgermeisterei statt durch Angestellte ablesen lasse. Es könnten dann wenigstens die teureren Messerstellen der Angestellten erspart werden.

Hier soll nun noch die Entwicklung der Kleinabnehmer in der Zeit vom 1. 4. 22 bis 31. 3. 23 dargestellt werden:

Es sind in dieser Zeit gestiegen die angeschlossenen:	
Gemeinden von	399 um 123 auf 522
Haushaltungen von	62 269 um 16 325 auf 78 594
Brennstellen von	30 000 um 64 067 auf 369 027
Motoren von	4 549 um 4 195 auf 8 744

Diese Entwicklung ist erfreulich. Sie stellt dem Badenwerk an sich ein gutes Zeugnis aus. Interessiert ist insbesondere die Verdoppelung der Motoren. Die 2 PS und kleineren Motoren stellen etwa 86 Prozent der gesamten Motorenanlagen dar. Von den gesamten Brennstellen entfallen etwa 75 Prozent auf solche Haushaltungen, welche höchstens 5 Hauptbrennstellen haben.

Der Berichterstatter fuhr fort: Wenn der Arbeitsminister schon die Grundgebühr — d. i. die Gebühr für die Bauanlagen ohne Rücksicht auf Stromverbrauch — für unsozial erklärt habe, so gelte das gleiche für die Mindestabnahmegebühr. Diese werde doch auch ohne Rücksicht auf Stromverbrauch lediglich als Bau-

kostengebühr erhoben, sei also immer noch eine Grundgebühr. Gewöhnlich habe nur der Name, nicht aber das Wesen der Grundgebühr. Ja, die Mindestabnahmegebühr sei noch unsozialer, als die Grundgebühr. Letztere treffe wenigstens alle Abnehmer noch gleichmäßig. Aber die Mindestabnahme befaße die kleinen Abnehmer mehr als die leistungsstärkeren. Wer im Monat mit seinem 2 PS-Motor nur 6 KW verbräuche und doch 15 KW zahlen müsse, der leiste für die Baukosten des Badenwerks mehr als der größere Landwirt, welcher wirklich 15 KW verbräuche und auch nur 15 KW zahle.

Die kleinen Abnehmer wollen auch gar kein Geschenk vom Badenwerk. Sie wollen den wirklichen Strompreis zahlen; — wenn es sein müßte, lieber etwas mehr für die Kilowattstunden als eine Mindestabnahme. Der Abnehmer wolle aber selbst den Umfang seiner Ausgabe für elektrischen Strom bestimmen. Er wolle sparen! Die Mindestabnahmepflicht veranlasse aber schließlich auch soviel Strom zu verbrauchen und zu vergeden, als man bezahlen muß, und hindere den Abnehmer am Sparen. Das sei nachteilig, nicht bloß für den Abnehmer, sondern auch für das Badenwerk, welches gar nicht genügend eigenen Strom habe, vielmehr zu seiner Eigenzeugung von 60 Millionen Kilowattstunden jährlich noch 20 Millionen teuer — aus der Schweiz und aus badischen Werken — kaufen müsse. Unnötiger Verbrauch von Strom sei unwirtschaftlich und sowohl für die Gesamtheit des Volkes als auch für den Haushalt des Einzelnen schädlich.

Die Befürchtung, die Industrie würde vom Badenwerk abspringen und eigene elektrische Werke bauen, sei nicht groß. Denn einmal entstehe, wie schon ausgeführt, durch Wegfall der Mindestabnahme kein nennenswerter Ausfall; der Strompreis für die Großindustrie müsse also nicht erhöht werden. Uebrigens sei eine kleine Erhöhung möglich, da gerade die Denkschrift nachweise, daß das Badenwerk den Strom billiger liefere an andere, z. B. bayerische Werke südlich der Tauber.

Der Berichterstatter brachte dann noch einige besonders trage Fälle aus dem Denkmale zur Sprache und hat auch die Regierung, auf die Beiratskommission des Badenwerks einzuwirken, daß sie im Verkehr mit den Leuten den richtigen Ton treffen.

Schließlich stellte der Berichterstatter im Haushaltsausschuss am 7. November 1923 folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, beim Badenwerk dahin zu wirken, daß von jeder Mindestabnahmepflicht abgesehen werde:

- a) bei Haushaltungen, welche 6 oder weniger Hauptbrennstellen haben;
- b) bei 2 PS-Motoren oder kleineren Motoren.

(*)

Baden.

In den schwebenden innerpolitischen Fragen hat sich auf einer großen Zentrumsversammlung in Kallender der württembergische Justizminister Veyerle u. a. in folgender beachtenswerter Weise vom württembergischen Standpunkt aus geäußert:

In der Beziehung zum Reich hat die württembergische Regierung und die sie tragenden Parteien allerdings jederzeit mit besonderem Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß die staatliche Einigung des deutschen Volkes im Deutschen Reich erhalten bleiben muß als das letzte Gut, das uns aus einer ruhmvollen Vergangenheit geblieben ist. Diese grundsätzliche Einstellung hat sie aber nicht gehindert, auch ihrerseits vielfach in Übereinstimmung mit Bayern und anderen Ländern bei dem Reich die Einmischung zu erheben, wenn entgegen dem föderativen Grundcharakter der Reichsverfassung das Reich die Rechtsstellung der Länder nicht genügend berücksichtigt hat. Auch wir von der württembergischen Zentrumsfraktion haben wiederholt Anlaß genommen, in betonten Kundgebungen den Standpunkt zu vertreten, daß eine lebensfähige Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder die Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung des Reiches ist und daß wir die Beteiligung und Auswirkung der föderativen Grundzüge der Reichsverfassung unter Zurückhaltung der zentralistischen Gedanken für geboten halten. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch heute. Aber wir halten für die Durchsetzung dieser Gedanken nicht alle Wege für

richtig, die Bayern gegangen ist. Und wir halten insbesondere den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet für einschneidende Änderungen an der Reichsverfassung. Wenn ein vom Sturm und Wetter erschüttertes Haus einzustürzen droht, dann fängt man die Rettungsaktion nicht damit an, daß man an den Fundamenten aufgräbt und da auszuheben und zu ändern sucht, was etwa seinerzeit beim Bau unrichtig gemacht wurde; sondern man eilt und schafft, um mit Balken und Stützen das Haus zu stützen, und erst, wenn genügend Stützungen angebracht sind und Sturm und Wetter vorbei ist, dann mag man daran gehen, nach den Fundamenten zu sehen und zu ändern, was verbesserungsbedürftig ist. So verhält es sich auch mit dem Haus des deutschen Volkes, dem Deutschen Reich, und seinen Fundamenten, der Weimarer Verfassung. Sie nachzusehen und auszubessern, muß in zweiter Linie kommen. In erster Linie gilt es, daß alle, welche das Haus, das Reich, erhalten wollen, zusammenhelfen, um es in der Sturmnot zu stützen.

Wie man daraus erhellt, dürfte sich die Stellungnahme zu diesen Fragen in der württembergischen Zentrumsfraktion etwa auf dieselben Linie bewegen, wie die des badischen Zentrums. Auf dieser Linie liegen auch in der Hauptsache die unterstehenden Merkmale die Zentrum und Bayerische Volkspartei zur Stunde trennen. Nach unserem Empfinden sind übrigens Zentrum und Bayerische Volkspartei infolge der entschiedenen Ablehnung der Reichspolitik durch die Bayerische Volkspartei jedenfalls nicht weiter auseinander gekommen. Es wurde dadurch wenigstens eine klarere Lage geschaffen als die bisherige.

Bezeichnend.

Die französische Kammer hat am Dienstag ihre Beratungen wieder aufgenommen. Die Sitzung begann mit der Verlesung von 48 Interpellationen, die während den Parlamentsferien angemeldet worden sind. Darunter ist auch die von Marc Sangnier, die er unter dem Eindruck des Freiburger Friedenskongresses im August dieses Jahres formuliert hat. Die Zeitungen berichten:

Als der Präsident mitteilte, daß der katholische Demokrat Marc Sangnier Bonaire darüber interpellieren wolle, welche Politik er gegenüber Deutschland zu machen gedenke, im Hinblick auf die zunehmende politische Bewegung in der deutschen Jugend, erhob sich schallendes Gelächter.

Das war zu erwarten von der französischen Kammer, in der die Chauvinisten die Führung haben. Und weil die Chauvinisten zugleich auch Gemaltes sind und nichts so schämen, wie die äußere materielle Gewalt, deshalb beachten sie in Deutschland weit mehr das laute Gebären einer vielfach irreführenden nationalistischen Jugend, als das stille Wirken jener Jugend, die Trägerin neuer Ideen bezüglich der Beziehungen der Völker zu einander ist und ein Sittengesetz auch im Verkehr der Völker unter sich anerkennt und immer mehr zur Geltung bringen will. Chauvinisten sind im Grund genommen Materialisten, denen das Wirken der Idee ein Geheimnis bleibt und die daher über große Ideen lachen, bis die Tatsachen sie überzeugen, daß auch Ideen sich so geltend machen können, daß sie nicht mehr übersehen werden können.

Das Lachen der französischen Kammer beweist daher weiter nichts als daß der Materialismus in dieser Kammer flüchtig ist. Und Marc Sangnier wird daher, weil er die Kammer kennt, wohl kaum überrascht gewesen sein. Aber wie wir Marc Sangnier zu kennen glauben, wird ihn der Materialismus der Mehrheit seiner parlamentarischen Kollegen auch in Zukunft nicht davon abhalten, die christliche Idee der Verständigung der Völker auch weiter in einem Parlament zu vertreten, das sich im Besitz materieller Macht, die ihm die Hilfe der halben Welt verschafft hat, so sicher fühlt, daß es über jede Friedensbemühung lacht. Die Zukunft muß doch der Idee Marc Sangniers gehören, sonst wird auch Frankreich eines Tages unter der Wucht des Haffes zusammenbrechen, den es durch seinen Materialismus gegen sich soeben in der Welt mobilisiert. Es gibt eben ein Leben, das sich selbst ironisiert, ohne es zu merken.

Aus der äußersten Südwestecke des Reichs.

Lörrach, 12. Nov. Am Sonntag, den 11. November 1923, fand in Lörrach eine sehr stark besuchte Bezirkskonferenz der Vertrauenspersonen der Zentrumsfraktion statt, in der der Führer des badischen Zentrums, Prälat Dr. Schöfer, zu den politischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung nahm. Die

Der Kaplan von Heiligenberg.

80) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Hubertus-Kraft Graf Strachwitz.

25.

Im Schloß entwickelte Helene inzwischen eine fabelhafte Tätigkeit. Sie klopfte einen jungen Diener heraus, ließ durch diesen wieder Kaplan Biegler werden, mit der Bitte, möglichst schnell in die Sakristei zu kommen. Inzwischen bereitete sie alles zur heiligen Messe vor. Nach kurzem Nachdenken unterrichtete sie auch Tante Sidonie, Olga und einige Dienstmädchen von dem Frühgottesdienst. Innerhalb einer Viertelstunde waren alle versammelt. Biegler war ernst, aber sehr freundlich.

„Was gibt es?“ fragte er Helene in der Sakristei. „Schnell zubereiten und dann fort. Sie sollen heute noch verhaftet werden.“

„Ich wollte an der Sakristei protestieren.“

„Geh, das geht nicht. Hier, die Wittib hat den Bettel gefandt.“

Da las er die Nachricht von dem Komplott. „Sie haben recht, ich muß mich verbergen, aber ich will den Dechanten senden.“ Dann brachte er das heilige Opfer dar, legte noch einmal alles Leid und alles Kreuz mit auf die Patene und bat den göttlichen Meister, er möge ihm Führer sein und seinen Opferrdienst anständig hinnehmen. Als er nach der Messe in sein Zimmer zurückkehrte, fand das Frühstück bereit. Etwas hastig stürzte er sich, dann öffnete er einen Schrank, in dem allerhand Jägerkleider lagen, die Ausstattungsgegenstände eines gräflichen Försters seiner Größe, alles wohl vorbereitet. Einer Schublade entnahm er feinstonnde Schmirrbartenden, die er gestern in der Kreisstadt erkanden hatte, klebte sie über der Oberlippe fest, warf die Haare

in eine andere Frisur, setzte etwas fest den Jägerhut auf und verließ sein Zimmer. Draußen standen Helene und Olga, sie schlugen in leichter Mädchenart entzückt die Hände zusammen: „Himmlich, so ein feiner Förster!“

Er lachte wohl auch, wies aber auf den Ernst der Lage hin: „Sie lassen, meine Damen, ich begreife es; aber bedenken Sie, wie entsetzlich traurig es ist, eine solche Karrelei über mich ergehen lassen zu müssen, aber ich will bei meinen Schäflein bleiben. Also schönen Dank, bis heute abend.“

Helene mahnte noch: „Seien Sie recht vorsichtig, verraten Sie sich nicht unnötig. Abends beim Gärtner, bitte, dort durchkommen, da ist es am sichersten.“ Er versprach, verbeugte sich und verließ das Schloß nach der Parteilite zu, die sich nach den beräugelten Feldern öffnete. Robert, der Kammerdiener, bürtete sich eben in seinem Zimmer zu ebener Erde die Koteletten, hörte das Portal in das Schloß fallen und eilte an das Fenster. Ein Förster — welcher denn, es konnte heinhart der Müde mit seinem aufrechten Gang sein — aber in so früher Stunde, da mußte er doch gleich einmal nachfragen — oder, ach — Du Dunner — — daran hatte er nicht gedacht, er hatte gestern selbst die Kleider geholt — — der Biegler — — das ist einer — — Gut, ach! Dabei machte er eine Verbeugung vor seinem Spiegel und ließ dann die Bürsten in einer Kocktasche verschwinden.

26.

Der Dechant Bartels schob eben die verträumten Semmelbrösel aus dem Frühstückstisch zusammen und warf sie mit losen Fingern durch das offene Fenster auf einen Mühlstein im Garten, dicht an dem Ausgang der rückwärtigen Treppe. Jetzt im Sommer eilten allerdings die Herren

Spahen oder sonstigen besüßelten Gäste nicht so eilig herbei, wie im Winter, wenn sie droben am Fensterbrett ihr Frühstück erhielten. Aber so im Laufe des Tages sah doch manches flenkende oder freuchende Gesicht, das die gültige Angenohne des greisen Hausherrn kannte, auf dem Mühlstein nach einem kleinen Anstoß aus. Durch den Gang schallten Tritte, es klopfte, gleich darauf stand ein schmucker Forstmann vor dem Dechanten.

„Sie wünschen, mein Herr?“

„Ihren Segen, Herr Dechant, für meine Gemeinde.“

Dabei flog der grüne Jägerhut mit dem Stutzen zur Seite.

„Biegler,“ ätterteten die Lippen hervor. „Te demm laudamus — an mein Herz.“ Und der helle grüne Jägermann lag an der Brust des greisen Priesters.

„Biegler, mein glaubensstarker Held, mein Franziskus Kaverius, mein bester Kaplan, mein mein Pfarrer von Heiligenberg.“

Dann trat er einige Schritte zurück: „Wirklich ein Forstmann, wie er in unseren Wäldern herumläuft. Also verleihe, auf der Nacht, Säftbesehl, wie? — Doch zuerst eine Stärkung.“

Biegler nahm Platz und erfranta sich an dem Frühstück, das für seinen Mitkaplan Pollert, der noch in der Kirche draußen antierte, bereits gerichtet war.

„Ja, Herr Dechant, der Säftbesehl ist erlassen wegen Uebertretung der Maßgabe, Annäherung meines Amtes ohne obrigkeitliche Genehmigung und wegen Sperrung der Kirche, staatliches Eigentum.“

Bartels nickte: „Staatliches Eigentum, da der Staat diese alte Klosterkirche 1805 an sich riß und alle im Umkreise liegenden Güter dazu, um sie zu

verschleudern. Aber früher, von dem Tage ihres Entstehens an, war diese Kirche katholisch, und niemals fand dort ein anderer Gottesdienst statt.“

„Und heute um 10 Uhr, in zweieinhalb Stunden soll sie den Altkatholiken ausgeteilt und wohl mit Gewalt aufgegeben werden; denn die Schlüssel sind unaufjindbar.“

„In zweieinhalb Stunden — der Dechant starrte in den hellen Sonntagtag hinaus —, in zweieinhalb Stunden sollte er das erleben, er, der in Heiligenberg gebürtig, der vor sechzig Jahren dort als Ministrant gedient, der die Glocken geläutet, er, der in dieser gewaltigen Klosterkirche sein erstes heiliges Mesopfer für Gott und Menschen dargebracht, der in ihr so viele Amtshandlungen als Dechant, als Vertreter des Bischofs vorgenommen hatte, er sollte dies erleben. Konnte er es erleben? Würde er dies Leid tragen können?“

„Ich wollte vor dem Portal protestieren, aber ich würde verhaftet,“ warf Biegler leise dazwischen und sagte es, wie einer, der mit seiner Rolle nicht zufrieden ist. Er würde lieber das Kirchenportal mit ausgebreiteten Armen schüßen, nur über keine Leiche dürften sie dort einziehen, Gott seines Heiligums berauben, aber er durfte nicht, mußte dem höchsten Mahnwort gehorchen und sich für die Gemeinde erhalten.“

„Ja,“ sagte der Dechant, „sie würden dich verhaften, mein Sohn, — aber ich werde gehen, ich werde mit meinen weißen Haaren, mit meinem gebogenen Rücken, mit meiner sterbenden Stimme protestieren, und du mußt dich bereiten, deine Kräfte für kommende Zeiten zu sparen, für eine Zeit des Triumphes — —. Wer erucem ad lucem, so sprach Mallinrot.“

(Fortsetzung folgt.)

mit großem Bei-
doß die Partei o-
häftnissen den r-
Anschluß an die
eine rege Ausst-
teiligten. Das
gender Entschlie-
wurde zum Aus-

1. In der St-
und tren zum
geeignet sind, die
geträumten Ent-
hingehende Ent-
niedrigt uns zu
sigen Gegend.
Mit der gleich-
Eigenart und M-
und ermuten die
nung der inneren
Wege.

2. Wie und ni-
Nachträge einer
sigen. Von der
aufrecht zu erhal-
angängigen Mitt-
3. Die wichtig-
riefen, die Lage
An dieser Notlage
ganz schuldig, die
Dahlungsmittel
Länder und Gen-
dringende Not
herzlich, nach all-
beizutragen.

4. Auf dem
Vereinfachung in
leit für Länder
triebsteuer sind
Kleinbetriebe un-
recht. Die Zent-
bei der Reichsreg-
von der badischen
wertiger Weise ge-
unterstützen Sch-
5. Die Verlan-
Zentrumsfraktion
das volle Vertra-
6. Das deut-
seht durchgemacht
gagen. Das deut-
es sich selbst nicht
einer Better zu
unserem Götter-

Das Schluß-
starke Besuch die
wolle, daß Ver-
Hilfswillig verbun-
den dem Ganzen
schwierigen Ver-
Ein herrliches
ständige Raum-
senheit der Par-

Aus

Berlin, 15. No-
vember 1923. Die
Union mitgeteilt
des deutlicher
sicher Buchdrucker
ganz arbeitswillig
Anpassung der

Durch die 91.
sters vom 9. No-
vember 1923
Wirkung von
tragen bisher be-
tragsstarke we-
senden des
Es sind künftige
dienst bis zu 11
beitrag von 19
dienst von über
ein Wochenbe-
bis 2310 Millia-
über 2310 bis
Milliarden, von
(L. K. 48) 74

In der Mäh-
ragt am meist
wählenden Reich-
bildlichem Dolei-
am Berg. Sch-
Bedeutung diese
außen wohl, n-
und es in den
nachdem vorher
friedlicher Besch-
Anfang des 3.
zwei Mal an, d-
ben. Vermittlung
10. Jahrhundert
sind wohl die
gleichgemacht
Tagz voll Gl-
heraus. Auf d-
lung entsetzt die
hat in ihren
Albrecht I. d-
Schwabischen St-
den Schut- und
schwabischen St-
schichte des Ortes
Der Zellbrun-
berichtet der
Killy den Mar-
Durlach, bald
mit den 400 Mi-
ihrem Bürgerme-
bluteten.

1802 kommt
Baden, um dann
zu werden.
Die jebige
Quelle, um Lei-

1802 kommt
Baden, um dann
zu werden.
Die jebige
Quelle, um Lei-

1802 kommt
Baden, um dann
zu werden.
Die jebige
Quelle, um Lei-

1802 kommt
Baden, um dann
zu werden.
Die jebige
Quelle, um Lei-

1802 kommt
Baden, um dann
zu werden.
Die jebige
Quelle, um Lei-

mit großem Beifall aufgenommene Rede bewies, daß die Partei auch in den jetzigen schwierigen Verhältnissen den rechten Weg eingeschlagen hat. Im Anschluß an die Ausführungen des Referenten legte eine rege Aussprache ein, an der sich elf Herren beteiligten. Das Ergebnis der Tagung kommt in folgender Entschließung, die einstimmig angenommen wurde zum Ausdruck:

1. In der Süddeutsche Deutschlands stehen wir fest und trenn zum Deutschen Reich. Alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Reichseinheit zu schwächen oder gar zu zerschlagen, verurteilen wir aufs schärfste. Eine dahingehende Entwicklung führt zur Kleinmächterei und erniedrigt uns zu Vassallen eines immer noch unerschrockenen Gegners.

2. Wie und nimmer werden wir uns der lästernen Nachhaken einer einseitigen radikalen Parteiführerschaft fügen. Von der Regierung fordern wir daß sie alles tut, um die bestehende Staatsordnung, Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Wir werden sie darin mit allen angänglichen Mitteln unterstützen.

3. Die wirtschaftliche Not in weiten Volkskreisen ist riesengroß, die Frage der Erwerbslosenfürsorge brennend, die Lage der Sozial- und Kleinrentner entsetzlich. An dieser Notlage ist die Reichsregierung insofern nicht ganz schuldig, weil sie die Ausgabe wertvoller Zahlungsmittel als Aufgabe hinausgeschoben. Reich, Länder und Gemeinden müssen alles aufbieten, um die dringende Not zu beseitigen; jeden einzelnen bitten wir herzlich, nach allen Kräften zur Beseitigung des Elends beizutragen.

4. Auf dem Gebiet des Steuerwesens verlangen wir Vereinfachung in der Gesetzgebung, größere Selbstständigkeit für Länder und Gemeinden. Landabgabe und Betriebssteuer sind in ihrer jetzigen Höhe, insbesondere für Kleinbetriebe unerträglich und wirken in Baden ungerecht. Die Zentrumsfraktion des Reichstags bitten wir, bei der Reichsregierung auf umgehende Behandlung der von der badischen Zentrumsfraktion in anerkannter Weise gestellten und von der badischen Regierung unterstützten Schonungsanträge zu drängen.

5. Die Verarmung stellt sich vorbeständig hinter die Zentrumsfraktion in Reich und Land und spricht ihnen das vollste Vertrauen an.

6. Das deutsche Volk hat schon schlimmere Zeiten als jetzt durchgemacht. Trotz aller Not wollen wir nicht verzagen. Das deutsche Volk wird nicht untergehen, wenn es sich selbst nicht aufgibt. Hoffnungstrotz wollen wir um einer besseren Zukunft willen. Wir danken nicht in unserem Gottvertrauen.

Das Schlußwort des Vorsitzenden betonte, daß der starke Wunsch die Notwendigkeit solcher Tagungen festsetze, daß Vertrauen zur Führung und Parteilichkeit verbunden mit Opfermut und das Bestreben dem Ganzen zu dienen, uns allein über die schwierigen Verhältnisse hinauszuheben vermögen. Ein herrliches Dankeswort an alle schloß die vierstündige Tagung, die die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Partei zeigte.

Aus dem sozialen Leben.
Vor dem Ende des Buchdruckerstreiks?
Berlin, 15. Nov. Im Zusammenhang mit dem Berliner Buchdruckerstreik hat sich, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, im Rahmen des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände ein Berufsverband deutscher Buchdrucker gebildet, dem bereits eine größere Anzahl arbeitswilliger Buchdrucker beigetreten ist.

Wimpfen.
Von Karl Wikel.
In der Nähe der Mündung von Neckar und Jagt am westlichen Ufer des Lise seine Fluten wühlenden Neckars liegen die Schmelzen in vorbildlichem Dörflein: Wimpfen im Tal und Wimpfen am Berg. Schon früh hatte man die strategische Bedeutung dieses Punktes erkannt und die Römer wußten wohl, warum sie hier ein Kastell errichteten und es in den Grenzwall, den Rines, einordneten, nachdem vorher Helbetter und Markomannen hier friedlicher Beschäftigung nachgegangen waren. Zu Anfang des 3. Jahrhunderts setzten die Alemannen zwei Mal an, den gallischen Abenteurer zu vertreiben. Vernichtung, Tod und Ungemach trugen im 10. Jahrhundert die Ungarn ins Land. Damals sind wohl die Kastelle zu Cornelia dem Erdboden gleichgemacht worden.

Tagz voll Klang feigen mit den Hohenstaufen heraus. Auf den Trümmern der römischen Ansetzung entstieg die Königspfalz. Die königliche Stadt hat in ihren Mauern Barbarossa, Friedrich II., Albrecht I. Ohne Bedeutung aus dem Franz der Schwäbischen Städte herauszutreten, schließt sie sich dem Schicksal und Trübsal der rheinischen und schwäbischen Städte an. Ihre Geschichte ist Geschichte des Ortes.
Der Heilbronner Reformator Erhard Schnepf verließ der Lehre Luthers Eingang. 1622 schlug Willibrodus Marzgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach. Bald hätte er das gleiche Schicksal geteilt mit den 400 Bürgern von Horzheim, die hier unter ihrem Bürgermeister Deimling der Sage nach verbluteten.
1802 kommt Wimpfen auf ein halbes Jahr zu Baden, um dann 1803 Sellen-Darmstadt einverleibt zu werden.
Die jetzige herrliche Enklave fließt als reiche Quelle, um Reinwand, Nappe und Sienbuch zu

5810 Milliarden (1. M. 49) 94 und bei einem Wochenverdienst von über 5810 Milliarden (1. M. 50) ein Wochenbeitrag von 116 Milliarden Papiermark.

Kirchliche Nachrichten.
Bischofsjubelium. Am Sonntag waren es 25 Jahre, daß der hochwürdige Herr Bischof Dr. Paul Wilhelm v. Keppeler zum Oberhirten der Rottenburger Diözese gewählt wurde. Der hochw. Herr hat schon vor einigen Monaten den Willen ausgesprochen, die Feier seines silbernen Bischofsjubeliums mit dem im Jahre 1925 zu begehenden goldenen Priesterjubelium zusammen zu begeben. Aufgeboten wird daher in unserer Nachbardiözese von äußeren Feierlichkeiten abgesehen. Die Gedenktage des hochwürdigsten Herrn von Rottenburg werden auch von der Geistlichkeit der Erzdiözese Freiburg im Herzen immer mitgefiebert, weil Bischof v. Keppeler gerade die Jahre vor seiner Ernählung zum Bischof als gelehrter Professor der Theologie an der Freiburger Universität tätig war.

Chronik.
Baden.
Wiesloch, 13. Nov.
Am Donnerstag früh wurden von der Wieslocher und Walldorfer Gendarmerie sieben Personen von Walldorf wegen Aufruhrs verhaftet und nach Heidelberg transportiert. Das Vergehen der Verhafteten ist auf die Vorgänge zurückzuführen, die sich am Strickweidenfest, nach dem dem Aufmarsch abgepflegt haben. Wie verlautet, wird gegen weitere vier Beteiligten ebenfalls die Anklage wegen Aufruhrs erhoben werden.

Walldorf (bei Mannheim), 13. Nov.
In Absenheit der Eltern spielte das Gjährige Töchterchen des Tagelöhners Karl Schumacher mit einem jährigen Nachbarnkind mit Streichhölzern. Dabei fing sie die Kleider des Kindes Feuer. In seiner Angst rannte es ins Freie, wo die Flammen von einem Nachbarn erlosch werden konnten. Das Kind erlitt schwere Brandwunden, denen es nunmehr erlag.

Welsch, 13. Nov.
Recht sind die Einbrecher verhaftet worden, die feinerzeit auf der Pfarrkirche in Hausen im Tal einen Speisefeld entwendeten. Es handelt sich um zwei gewerbsmäßige Verbrecher aus Mühlheim.

Stodach, 12. Nov.
Zwischen den Gerüchten über kommunistische Unruhen sind allmählich ganz konkrete Tatsachen durch. Die am Freitag vorgekommenen Verhaftungen haben merkwürdige Umstände und Unklarheiten in die Kommunisten hineingebracht. Am Freitag tagten bald bei diesem, bald bei jenem Führer kleinere Konferenzen. Für Freitag Nacht lautete die Parole: 'Freiheit'. Wohl schlugen die Herrschaften zum großen Teil den Weg nach Loreto ein, doch Loreto war nur das Scheinziel. Das eigentliche Ziel, wo die kommunistische Unruhen auch etwas aufgeregt versammlung lagte, war in nächster Nähe des Bundeswanger Friedhofs. Das eine ist sicher, die Pläne zur Entloftung (und Vernichtung?) der Gendarmen standen nicht mehr zur Diskussion, und die bisherige kommunistische Nichtswässer- und hinterlistige Rindstoppakt ist gründlich durchschaut. Ein gutes Gewissen mit besten Absichten gegen den Nebenmenschen braucht nicht das Baldesbündel und die schwarze Nacht als Aufenthalts- und Versammlungsort. Es bietet am Licht und steht die Nacht. Jedemfalls hat man nach diesen Vorgängen triftigsten Grund, kommunistischen Lokalitätsveränderungen mit der allergrößten Vorsicht zu begegnen.

Efringen-Kirchen (bei Röttach), 13. Nov.
Aus Berger über Spielende Kinder hat ein hiesiger Jahrschüler von seinem 4 m hohen Balkon einen mit Erde gefüllten Blumentopf auf die Kinder geworfen. Ein etwa 2 Jahre altes Kind wurde dabei so schwer auf den Kopf getroffen, daß es eine schwere Gehirnerschütterung davontrug.

Breisach, 13. Nov.
Der Häßliche lobige Landwirt Anton Berti aus Oberrotweil verunglückte in der vorigen Woche unweit des Jägerhofs dadurch, daß er mit einem selbstverfertigten Sprengstück fischen wollte. Berti hatte eine Vierfache mit Pulver gefüllt, mit Sprengfahnen geladen und wahrscheinlich mit einer Zündschnur zum Entladen gebracht. Das Sprengstück entlud sich zu früh und die ganze Sprengladung ging ihm ins Gesicht. Der Unallidliche, der erst am andern Tag bei vollem Bewußtsein gefunden werden konnte, starb auf dem Transport.

eingeführte Gäste werden in der Erinnerung an uns wach. Und wer denkt nicht an die 'Weibertrübe'? Aus alten Tagen erzählt hier fast jeder Stein, jede Burg.
Drum auf zum fröhlichen Mitt ins Redartal! —
Sunte Chronik.
Ueber die Lebensweise des hl. Vaters Pius XI. schreibt man dem Basler Volksblatt: Die Gemächer des Papstes umfassen das zweite und dritte Stockwerk des Sigisbäumers im Vatikan, welcher östlich des Damaskushofes in riesenhaften Dimensionen emporsteigt. Das Appartement des zweiten Stockes ist für Empfänge reserviert. Hier befindet sich die lange Reihe der Säle der sogenannten 'Anticamera', die vom Clementinischen Saal beginnend, den Saal der Reliquien, den Saal der Gendarmen, den Saal der palatinischen Garde, dann jenen der Gabeln, in welchem sich bei den Audienzenstunden die Offiziere der Schweizer- und Palatinergarde aufhalten, dann den Saal der Reliquien und endlich den Tranksaal und die geheime Anticamera umfassen. Daran schließen sich die Säle, in welchen der hl. Vater sich aufhält, der des 'Tronetto', zwei andere Salons und endlich die geräumige Privatbibliothek, die dem Papst als Arbeitszimmer dient. Dieses Appartement ist mit dem Appartement des dritten Stockwerkes durch eine innere Treppe verbunden, in welchem sich die intimen Wohnräume befinden. Der hl. Vater ist ein Frühstücker und gelebter um 6 Uhr, spätestens um 6 Uhr seine hl. Messe, wofür dann einer zweiten, von einem der Geheimkapläne gelebter Messe bei. Es dürfte interessanter, daß bei der Messe des hl. Vaters stets acht bis zehn geistliche Assistenten, Geheimkapläne, Permonen usw. assistieren. Nach der hl. Messe nimmt der Papst oft stehend eine Tasse schwarzen Kaffee ein und beginnt dann mit der Erlebung seiner Tagesgeschäfte: von 8 Uhr an reißt sich eine Audienz an die andere und erst um 12.30 Uhr sind diese beendet. Dann begibt sich der hl. Vater in das obere Appartement, wo er, dem Permonen gemäß, ganz allein ein sehr einfaches Mittagessen einnimmt. Eine kurze Pause in der heiligen Tageszeit geht der täglichen Spazierfahrt in dem Park des Vatikans voraus. Bei der Spazierfahrt, zu

Heraus mit den Gefangenen von Rhein und Ruhr!
Sie haben ihren wackeren Kampf für die Freiheit ihrer Heimata und ihres Vaterlandes mit dem Verzicht ihrer persönlichen Freiheit büßen müssen. Recht und Menschlichkeit, die Achtung vor dem nationalen Ehrgefühl, das jede Nation als ihr heiligstes betrachtet, gebietet Frankreich und Belgien, diese Männer ihrer Freiheit, ihrem Vaterlande und ihrer Familie wiederzugeben!

Waffenweiser (bei Dreifach), 13. Nov.
Vor einigen Tagen stürzte der 80jährige Franz Josef Fleisch von hier auf dem Heimwege in der Dunkelheit einen 8 Meter hohen Stein hinunter, wo er in schwer verletztem Zustande bis zum andern Morgen liegen blieb. Fleisch erlag noch am gleichen Tage den erlittenen Verletzungen.

Schweningen, 13. Nov. Als gestern vormittag einige Kriminalbeamte mit dem Hrg Schweningen verfahren wollten, wurden sie auf dem Bahnhof von Leuten erkannt, die an der Demonstration teilgenommen hatten. Es sammelte sich alsbald eine größere Menge an, von der die Polizeibeamten hart bedrängt wurden. Einer wurde zu Boden geworfen. Schließlich mußten sie von der Schutztruppe Gebrauch machen. Dabei wurden vier Personen verletzt. Ein Panzerauto, das den Beamten zu Hilfe kam, zertrünte die Anstimmungen rasch. Im übrigen ist die Lage unverändert. Das Verbleiben der Strafe nach 8 Uhr ist nur mit einem Passierschein gestattet.

Erleichterungen in Post- und Zollverkehr mit der Schweiz.

Konstanz, 13. Nov. In einer in Singen (Hohentwiel) abgehaltenen Besprechung zwischen deutschen und schweizerischen Zoll- und Bahnbehörden wurde die Post- und Zollkontrolle auf der Strecke Singen-Schaffhausen erörtert. Das Ergebnis der Besprechung war, daß der lange unerbarmliche Post- und Zollschwall in Gottingen unterdrückt und nach Singen verlegt wird, wo die deutsche Post- und Zollkontrolle im stehenden Zug vorgezogen und Knochenerweise in den fahrenden Zug zwischen Singen und Schaffhausen verlegt wird. Die deutsche Zoll- und Postbehörde hat ferner die Absicht, bei den künftigen Schweizer-Deutschland die Zoll- und Postkontrolle im fahrenden Zug vorzunehmen.

Karlsruhe.
Handwerk und Steuererleichterung.

In einer bei der Handwerkskammer stattgehabten Aussprache des Gewerbevereins Karlsruhe am 7. Nov. 1923 hat die sämtliche Obermeister und Vorsitzenden der Fachorganisationen und Handwerksvereine von Karlsruhe und Umgebung sowie ein Vertreter der Handwerkskammer anwesend waren, wurde eingehend die derzeitige wirtschaftliche Lage des Handwerks in Verbindung mit der Steuerpolitik von Reich, Länder und Gemeinden behandelt. Das Ergebnis wurde in nachfolgendem Schriftsatz zusammengefaßt, der einstimmige Annahme fand.

Das Handwerk erlidet in Gesetzgebung und Verwaltung eine vollständig ungenügende Rücksichtnahme auf seine Lebensnotwendigkeiten; hierdurch sind die durch die allgemeine Lage Deutschlands hervorgerufenen schwierigen Verhältnisse im Handwerk außerordentlich verschärft worden, so daß sich nunmehr die Notlage zu einer Katastrophe verdichtet hat. Es kann nicht geleugnet werden, daß das Handwerk durch verkehrte, einseitige Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung um seine Betriebsfähigkeit gebracht ist. Die Arbeitslosigkeit im selbständigen Handwerk ist groß und greift tagtäglich in erschreckendem Maße um sich. Trotz dieser Verhältnisse, die zweifellos den maßgebenden Behörden bekannt sind, aber doch bekannt sein müßten, werden die Steuer und Abgaben für Reich, Land und Gemeinden immer größer, denen nur sehr geringe oder teilweise gar keine Einnahmen mehr gegenüberstehen. Eingehend begründete Besuche um Steuererleichterung oder Erlass werden ohne irgendwelche genaue Prüfung in den meisten Fällen nicht berücksichtigt, ja sogar teilweise mit der Antwort zurückgewiesen, die Steuer sei aus dem Vermögen zu zahlen, weshalb Berücksichtigung von Betriebsverhältnissen oder Härten vorgezogen werden müßten. Dieses Vorgehen beweist mangelndes Verständnis für die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere für die Notlage des Handwerks und wird als ein Angriff auf seine Existenz empfunden, der zum sicheren Ruin des ge-

werblichen Mittelstandes führt. Mit den schärfsten Worten wird daher diese wirtschaftsverwundende Steuerpolitik beurteilt mit der Erklärung, daß das Handwerk nicht in der Lage ist, die angeforderten Steuern aufzubringen. Im einzelnen wird verlangt:

1. Die Finanzbehörden haben die eingehenden Gesuche um Erlassung und Erlass von Steuern unter Einräufung von Sachverständigen eingehender zu prüfen und zu berücksichtigen.
2. Allgemein hat eine Ermäßigung der Vorauszahlung der Einkommensteuer in allen Fällen stattzufinden, in denen das Einkommen des laufenden Jahres 1923 beim des laufenden Vierteljahres hinter den Einkommen des gleichen Zeitraumes 1922 zurückbleibt, wobei die Gebührentilgung zu berücksichtigen ist.
3. Günstigende Ermäßigung der Rhein-Abgabe.
4. Ermäßigung der Betriebssteuer und Erlass in allen Fällen, in denen nicht genügend laufende Einnahmen vorhanden sind. Am liebsten wird die vollständige Aufhebung der Betriebssteuer als eine Voraussetzung der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse angesehen, da gerade diese Steuer ohne Rücksicht auf den Ertrag insbesondere diejenigen Betriebe trifft, die noch Arbeiter beschäftigen und so der Arbeitslosigkeit steuern können. Die Betriebssteuer trifft in der Hauptsache die Produktion und führt zu Betriebsstillsetzungen und Verarmung der Arbeitlosen, vermindert also nach und nach das ganze Wirtschaftswesen und unterdrückt damit selbst die finanzielle Grundlage des Reiches.
5. Die Befreiung der Finanzbehörden über Steuererleichterung sind frühzeitig wie bisher und in leicht verständlicher, nicht verkomplizierter und paragrafierter Form zu erlassen. Und ferner künftig wieder allgemeine Fortbildungsstellen anzuführen, so es über die Wirtschaft schwerer ist, bei der Komplexität der Gesetze die Steuern selbst auszurechnen, und weil dadurch die Abwicklung bei den Behörden der Finanzbehörden und der Kommune rascher vor sich geht, wo man heute 3 Stunden und noch länger warten muß, bis man abgerechnet wird.

Gold-Mieten.

In der Versammlung des Grund- und Hausbesitzvereins Karlsruhe, Bez. B. Südbad, die am Montag in der Wobahn unter dem Vorsitz des Bezirksobmannes, Herrn Architekt Wille, stattfand, ergriff der Vorsitzende der Karlsruhe Gesamtsorganisation der Hausbesitzer, Herr Architekt Deines, das Wort, um in übersichtlicher Weise die Verhältnisse im Wohnungswesen nochmals zu erläutern. In Hausbesitzkreisen, so führte er unter anderem aus, habe man immer darauf hingewiesen, daß alle Verträge zur Sozialisierung des Hausbesitzes schlagend würden. Aber trotz aller Warnungen habe man von den maßgebenden Stellen aus diese verfehlte Politik weitergetrieben bis zur Schaffung von Mieterwohnheimen, die den einen Erfolg hatten, daß auch die bestehenden Häuser den Verfall preisgegeben wurden. Endlich habe man erkennen müssen, daß diese Wege nicht zum Aufbau führen können und man ganz lehr, der Not gehorchend, langsam zum Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen über. Die Mittelungen, die in den letzten Tagen durch die gesamte deutsche Presse gingen, lassen erkennen, daß man in Berlin die Absicht habe vom 1. Dezember ab die Mietfrage neu zu regeln, selbst unter Preisgabe des Mietzinsentzuges und des bisherigen Mieterwohneigentums. Es sei dringend zu wünschen, daß nach dieses Mal reinen Tisch mache mit der gestellten Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Am Interesse der Gesamtheit sei aber ebenso zu wünschen, daß die politischen Parteien nicht wieder verlagern zu Ungunsten des Hausbesitzes, der bekanntlich einer der festeren Träger unserer gesamten Volkswirtschaft sei. Wenn in Berlin ein neues Gesetz, das sicher nicht am 1. Dezember kommt, über die Mietregelung gemacht werde, dann gehehe es nicht etwa, um den Hausbesitzern einen Gefallen zu tun, sondern lediglich aus dem Grunde, weil man den Hausbesitz wieder heuerfährig machen sollte zum Wohle der Gesamtheit, weil der Hausbesitz dem Reiche als Fundament dienen soll für seine neue Goldwährung. Da aber die Beschaffung der Barrikaden, die mit der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen errichtet worden sind, noch längere Zeit erfordere, sei es notwendig, daß man ein Provisorium schaffe, damit man am 1. Dezember schon die Mieten in Goldwährung bekomme. So wie bisher dürfe es auf keinen Fall weitergehen. Der Hausbesitzer müsse alles in Goldwährung bezahlen, die Gebühren für die Stadt, die Unterhaltungskosten, die Handwerkerleistungen usw. Mit vollem Recht müssen die Hausbesitzer verlangen, daß ihnen die Miete auch in Goldwährung bezahlt werde. Das nach geltende Mietzinsengesetz enthalte über die Art der Bezahlung der Mieten keine Vorschriften. Da aber die Bezahlung nach Goldwert orts- und landesüblich sei, so seien auch die Mieter verpflichtet, in Goldwährung zu bezahlen. Die Mietzinskommission werde darüber zu entscheiden haben, wie die festen Sätze dieser Miete im einzelnen in Goldwert umgerechnet werden. Auf alle Fälle werde der Multiplikator in Goldwährung bekannt gemacht werden. So wie am 1. November dürfe es am 1. Dezember auf keinen Fall mehr gehen. Man könne es einfach nicht mehr dulden, daß nach einer

welcher er eine Equipage benötigt, im Gegensatz zu Benedikt XV., der das Auto hiezu benötigte, ist der Papst allein im Fond des Wagens, während der diensttunende Kammerer ihm gegenüber Platz nimmt; einige Nobelgardisten zu Pferd eskortieren den Wagen. Juridisch geht von der Spazierfahrt, beginnen wieder die Audienzen, die bis zur Stunde des Abendessens sich ausdehnen, das der Papst erst gegen 9 Uhr einnimmt, und welches an Einfachheit dem Wirtageffen nicht nachsteht. Das Gebet des heiligen Mezentanzes beschließt den Abend.

Selbsthilfe des Schriftstellers. Der bekannte Schriftsteller J. G. Beer schreibt dem Schweizer Blättern: Infolge der zu hohen Herstellungskosten verzichtet mein Verlag J. G. Cotta'sche Buchhandlung in Stuttgart bis zu einer Besserung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse auf die weitere Herausgabe meiner Bücher. Sie werden also nach und nach im Buchhandel ausgehen. Nun habe ich mir einen größeren Vorrat von Freieremplaren dieser Bücher (gebunden) gesichert und bitte Sie, bei Bedarf, 3 B. auf Weinachten, die Bestellung der Hände an uns zu richten. (Frau J. G. Beer, Stein am Rhein.) Preis für das Exemplar 6 Franken, dazu Porto. Für jeden Auftrag im voraus dankbar.

Bücherschau

Die Reichslage des katholischen Religionsunterrichts in Preußen. Schulpolitik und Erziehung. Reifragen. 18. Heft. (Herausgegeben von der Zentralstelle der katholischen Schulorganisation Deutschlands, Düsseldorf.) M. Glabach 1923, Volkswirtschafts-Verlag GmbH, Grundpreis 2 M. (Schlüsselzahl = Vorkursveranschlagung); Schweizer Franken 2.—
Die Bedeutung der Schrift geht daraus hervor, daß die meisten hochwürdigsten katholischen Ordinariate die Prioritäten beauftragt haben, die Schrift für die Fortbildung anzufassen. Auch für alle Lehrer, Schulaufsichtsbeamte, Gemeindevorstände, Schuldeputationsmitglieder, Elternbeiräte, Parlamentarier ist die Schrift von großer Wichtigkeit. Sie enthält alle jehi noch gültigen Erlasse, die dieses Gebiet betreffen, gibt eine Darstellung des gesamten Reichsstandes und führt die Verordnungen im Wortlaut an.

